

## Substanzielles Protokoll 86. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 27. Januar 2016, 17.00 Uhr bis 20.04 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Cordula Bieri (Grüne), Marcel Bührig (Grüne), Dr. Urs Egger (FDP), Helen Glaser (SP), Reto Rudolf (CVP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |     |                          |  |     |
|-----|--------------------------|--|-----|
| 1.  |                          | Mitteilungen   |     |
| 2.  | <a href="#">2001/158</a> | * Weisung 93 vom 26.03.2003:<br>Volksinitiative vom 21.03.2001 «Rettet die obere Weinegg»  | VHB |
| 3.  | <a href="#">2015/98</a>  | Weisung vom 08.04.2015:<br>Tiefbauamt, Max-Frisch-Platz, Neugestaltung und Landerwerb,<br>Objektkredit   | VTE |
| 4.  | <a href="#">2016/19</a>  | A Postulat von Christina Schiller (AL) und Andreas Kirstein (AL)<br>vom 13.01.2016:<br>Finanzielle Beteiligung der SBB AG an der Neugestaltung des<br>Max-Frisch-Platzes   | VTE |
| 5.  | <a href="#">2015/150</a> | Weisung vom 27.05.2015:<br>Motion der SP-, FDP-, Grüne-, CVP- und AL-Fraktion sowie<br>4 Mitunterzeichnenden betreffend Bahnhof Hardbrücke,<br>Anpassung der Infrastruktur an die gestiegene Anzahl Reisende<br>sowie Sicherstellung der Halte aller S-Bahnzüge, Bericht und<br>Abschreibung | VTE |
| 6.  | <a href="#">2015/178</a> | Weisung vom 24.06.2015:<br>Motion der Grüne-Fraktion betreffend gestalterische und<br>verkehrsplanerische Aufwertung des Heimplatzes, Bericht und<br>Abschreibung  | VTE |
| 11. | <a href="#">2015/364</a> | A Postulat der FDP- und CVP-Fraktion vom 18.11.2015:<br>Dienstleistungen an Private, Ausrichtung von Vergünstigungen<br>nur auf Antrag   | VS  |

12. [2015/389](#) E/A Postulat von Walter Angst (AL) vom 02.12.2015: VS  
Klientinnen und Klienten der Sozialen Dienste und der AOZ,  
Erleichterung des Zugangs zu städtischem, genossenschaftli-  
chem und privatem Wohnraum

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

### Persönliche Erklärung:

Ezgi Akyol (AL) hält eine persönliche Erklärung zur politisch schwierigen Lage in der Türkei.

## Geschäfte

1637. **2001/158**  
**Weisung 93 vom 26.03.2003:**  
**Volksinitiative vom 21.03.2001 «Rettet die obere Weinegg»**

Neuzuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 18. Januar 2016

1638. **2015/98**  
**Weisung vom 08.04.2015:**  
**Tiefbauamt, Max-Frisch-Platz, Neugestaltung und Landerwerb, Objektkredit**

Antrag des Stadtrats

1. Für die Neugestaltung des Max-Frisch-Platzes und den dazu notwendigen Landerwerb werden ein Objektkredit von Fr. 8 190 000.– und für die Abspannungsmasten und die Haltestelleninfrastruktur sowie den Kostenanteil VBZ an die Belagsarbeiten auf dem Max-Frisch-Platz (VBZ-Massnahmen) ein Objektkredit von Fr. 1 187 000.– bewilligt.

Die Kredite erhöhen oder vermindern sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisbasis 1. April 2015) und der Bauausführung.

2. Ziff. 1 steht unter dem Vorbehalt der rechtskräftigen Projektfestsetzung durch den Stadtrat mit separatem Stadtratsbeschluss.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent Dispositivziffer 2:

**Roger Tognella (FDP):** Der Max-Frisch-Platz ist ein wichtiger Platz für die Verkehrsbeziehungen zwischen der SBB und den Quartierzugängen. Aus dem Projektwettbewerb von 2009 ging das Konzept der Firma Mettler Landschaftsarchitektur als Sieger hervor. Das Projekt wurde im Rahmen der Vorstudie und des Vorprojekts überarbeitet. Es gab eine Projektoptimierungsphase, wodurch eine Kostenreduktion erwirkt wurde. Der einstimmige Antrag der Kommission lautet, das Projekt festzusetzen, sobald wir eine der drei Varianten ausgewählt haben.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Hans Jörg Käppeli (SP):** Das Wettbewerbsergebnis ist zwar nicht mehr erkennbar, dennoch ist es positiv, dass das Projekt in mehreren Schritten reduziert wurde. Wir wollen keine unmotivierten Linienmuster. SP und Grüne möchten unverändert beibehalten, dass die Strasse für Bus und Velo befahrbar ist. Der grosszügige Platzbereich zwischen SBB-Gleis und Bushaltestelle soll realisiert werden. Wir wünschen uns keinen schmalen Platzstreifen nördlich der Strasse. Dieser öffentliche Bereich soll mit den Privaten abgestimmt werden, damit ein funktionierendes, attraktives Ganzes entsteht. Man baut auch nicht erst den Garten und dann das Einfamilienhaus. Zudem besteht bei uns Unsicherheit darüber, ob die Bushaltestellen ausreichen. Die Buslinienführungen sind unlogisch, die Busführung und die Haltestellen in der Schaffhauserstrasse sind noch nicht einmal geplant. Die Projektierung wird Folgen haben für den Max-Frisch-Platz und diese Veränderungen gilt es abzuwarten. Wir trauen den Planungen der VBZ nicht in allen Belangen. Wir möchten uns gerne die Optionen für bessere Lösungen offen halten. Während der Bauphase sind noch nicht alle beschlossenen Veloabstellplätze umgesetzt. Es ist zu befürchten, dass die Velos wild parkiert werden. Wenn der Plan nicht wie vorgesehen funktioniert, möchten wir korrigierend eingreifen können.

**Guido Trevisan (GLP):** Wir sind der Ansicht, dass der vom Stadtrat vorgeschlagene Gestaltungsentwurf über die notwendigen Bedürfnisse hinausgeht. Wir haben Verständnis dafür, dass eine gewisse visuelle Wiedererkennung der Plätze auf beiden Seiten des Bahnhofs Oerlikon notwendig ist. Der Max-Frisch-Platz ist von diesen Plätzen sicher der unbedeutendere. Trotzdem hat ihm der Stadtrat die höchste Wichtigkeit beigemessen und ihn als Platz mit internationaler Bedeutung klassifiziert, gleichzusetzen der Bahnhofstrasse oder dem Sechseläutenplatz. Alle Elemente für diesen Platz könnten einzeln gestaltet oder erstellt werden, also kaum ein Standardelement soll verwendet werden. Die Minderheit 1 findet dies übertrieben und schlägt eine entsprechende Kürzung des Objektkredits vor. Dies ohne die Realisierung der farbigen Linienführung und mit einem Standard-Brunnen. Der Mehrheitsvorschlag ist eine Mogelpackung, da die vermeintlich eingesparten Kosten zu einem späteren Zeitpunkt viel höher ausfallen. Gewisse Elemente müssen auch im Norden umgesetzt werden, auch wenn vorerst kein nördlicher Fahrbahnrand realisiert werden soll. Oerlikon hat einen ganzen Platz verdient. Zudem wäre es nachteilig für die Bevölkerung, wenn nicht in einer, sondern in zwei Etappen gebaut würde und die Anwohner erneut Baulärm ausgesetzt sind.

**Derek Richter (SVP):** Wir beantragen eine Kürzung um 15 % des Objektkredits. Wir sehen insbesondere Sparmöglichkeiten bei der Baumpflanzung. Auch die Paravents und Bänke können dem Standard-Repertoire der Stadt entnommen werden. Der Max-Frisch-Platz besteht aus mehreren Parzellen, wovon Sonderbauvorschriften für das Gebiet Neu-Oerlikon gelten. Leider hat der Stadtrat diesem Platz eine landesweit sowie internationale Ausstrahlung gegeben. Im Bereich Max-Frisch-Platz wurden über 50 Parkplätze in einem 200 Meter Radius gestrichen. Es gab keine Plätze für Taxis oder Mobility. Der Platz ist also für den MIV gänzlich verloren gegangen.

**Christina Schiller (AL):** Wir verteidigen die Stadtratsweisung als Minderheit 3. Eine Platzgestaltung ist nicht Sache des Gemeinderats. Das Projekt wurde schon verändert und man muss sich fragen, wieviel vom Siegerprojekt noch übrig bleibt, wenn sich der Gemeinderat nochmals in die Gestaltung einmischet. Man kann darüber diskutieren, ob der Platz eine internationale Bedeutung hat und somit der Projektwettbewerb gerechtfertigt ist, aber diese Diskussion hätte vor Jahren stattfinden müssen. Viel stossender finden wir, dass bereits 168 Millionen Franken für den Ausbau des Bahnhofs gesprochen wurden und für die Aufwertung im Raum Bahnhof Oerlikon. Zu dieser Entwicklung sagte niemand etwas. Ausgerechnet aber bei den letzten 10 Millionen Franken, die der Bevölkerung zugute kommen sollen, will man anfangen zu sparen.

Weitere Wortmeldungen:

**Markus Knauss (Grüne):** Die Rahmenbedingungen, unter denen man den Wettbewerb durchgeführt hat, haben sich in der Zwischenzeit komplett verändert. Man plante sehr viel mehr Buslinien, mittlerweile sollen nur noch zwei Buslinien dort verkehren, was entsprechende Auswirkungen auf die Dimensionierung hat. Deshalb hat sich die Spezialkommission Verkehr in dieser Form eingemischt. Die wichtigsten Gestaltungselemente sollen erhalten bleiben, auch im nördlichen Teil, den wir heute vermutlich noch nicht bewilligen werden. Einen Abzug kann man beim Diagonalmuster machen. Der südliche Teil bildet einerseits den Anschluss an den Bahnhof Oerlikon, andererseits an die Quartierverbindung. Diese war damals nicht billig und vor allem auf den Veloverkehr ausgerichtet. In einem ersten Projekt war die Trennung zwischen Velos und Fussgängern schwierig. Dies wurde probiert zu optimieren, wir hoffen, dass diese Optimierung von den Velofahrern und den Fussgängern angenommen wird. Im nördlichen Teil gibt es noch einen Neubau auf der ganzen nördlichen Platzkante, der abgewartet werden muss. Wir haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass mit der VBZ-Planung wieder mehr Busse den Max-Frisch-Platz anfahren. Diese Lösung wäre einfach, übersichtlich und benutzerfreundlich. Deshalb muss man heute noch keine bauliche Situation in Beton giesen, die eine Entwicklung verunmöglicht.

**Markus Hungerbühler (CVP):** Die Zerlegung eines Platzes in seine Einzelteile ist für die Behandlung in einer Kommission nicht zielführend, war bemüht und wird hoffentlich ein Einzelfall bleiben. Die Idee, jetzt mehr zu sparen und den zweiten Teil des Platzes in ein paar Jahren zu realisieren, ist kein reiner Sparantrag, weil man damit mehr ausgibt. Es macht keinen Sinn, einen halben Platz zu bauen.

**Roger Tognella (FDP):** Jetzt mehr zu sparen heisst, dem Quartier am Schluss ziemlich viel Qualität auf dem Platz wegzunehmen, ohne den Mehrwert abzubilden. Einen zweiten Vorschlag müsste man an das bestehende Projekt adaptieren. Dazu müssen die gebundenen Kosten berücksichtigt werden. Die Kreuztabelle diene dazu, über einzelne Aspekte des Bauvorhabens zu diskutieren. Es waren sehr viele Einzelanträge da, die man in einem Betrag abbilden musste, was mit der Tabelle funktionierte.

**Derek Richter (SVP):** Die VBG und VBZ hatten im Vorfeld genug Zeit, um ihre Begehrlichkeiten zu äussern. Von neuen Linien auf dem Platz zu reden, ist Spekulation. Laut Stadtrat sei dies der letzte mit internationaler Ausstrahlung geplante Platz.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Filippo Leutenegger:** Wir haben sicher das Maximum herausgeholt, auch in Sachen Veloparkplätzen. Im Bahnhof Oerlikon haben wir rund 800 unterirdische, also

*gedeckte Veloparkplätze geplant und es wird sicherlich auch oberirdische geben. Das Bemühen um diese Parkplätze ist unbestritten. Der Sparantrag der Grünen und der SP ist keiner, er wird uns tendenziell mehr kosten. Wenn man den Nordteil nicht fertigstellt, bedeutet dies nicht, keine zusätzlichen Busse einzuführen. Die Planung der VBZ und ZVV ist noch nicht spruchreif und wenn es zusätzliche Kurse gäbe, kann man auch von der anderen Seite her zusätzliche Busse führen. Aber man bindet sich natürlich auch an die Platzgestaltung. Wir haben Verträge mit der SBB und ihr mit einer gewissen Verbindlichkeit auch zugesichert, dass der Platz fertiggestellt wird. Es ist schwierig, wenn die Stadt am Schluss einen unfertigen Platz realisiert, der noch darauf wartet, dass die Linienführung neue Kurse einführt. Der Platz benötigt eine Beschattung, deshalb wäre es bedauerlich, wenn man die Bäume nicht pflanzen würde. Am Schluss sollten wir den als international deklarierten Platz nicht als Kiesplatz abgeben.*

Änderungsanträge 1–3 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für die Neugestaltung des Max-Frisch-Platzes und den dazu notwendigen Landerwerb werden ein Objektkredit von Fr. 6 000 000.– (insbesondere ohne den ganzen Bereich nördlich des nördlichen Fahrbahnrandes und ohne die farbigen Linienmuster auf dem Asphaltbelag) und für die Spannungsmasten und die Haltestelleninfrastruktur sowie den Kostenanteil VBZ an die Belagsarbeiten auf dem Max-Frisch-Platz (VBZ-Massnahmen) ein Objektkredit von Fr. 1 187 000.– bewilligt.

Die Kredite erhöhen oder vermindern sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisbasis 1. April 2015) und der Bauausführung.

Die Minderheit 1 der SK PD/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für die Neugestaltung des Max-Frisch-Platzes und den dazu notwendigen Landerwerb werden ein Objektkredit von Fr. 7 560 000.– (insbesondere ohne die farbigen Linienmuster auf dem Asphaltbelag und mit einem einfachen Trinkbrunnen) und für die Spannungsmasten und die Haltestelleninfrastruktur sowie den Kostenanteil VBZ an die Belagsarbeiten auf dem Max-Frisch-Platz (VBZ-Massnahmen) ein Objektkredit von Fr. 1 187 000.– bewilligt.

Die Kredite erhöhen oder vermindern sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisbasis 1. April 2015) und der Bauausführung.

Die Minderheit 2 der SK PD/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für die Neugestaltung des Max-Frisch-Platzes und den dazu notwendigen Landerwerb werden ein Objektkredit von Fr. 6 961 500.– und für die Spannungsmasten und die Haltestelleninfrastruktur sowie den Kostenanteil VBZ an die Belagsarbeiten auf dem Max-Frisch-Platz (VBZ-Massnahmen) ein Objektkredit von Fr. 1 187 000.– bewilligt.

Die Kredite erhöhen oder vermindern sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisbasis 1. April 2015) und der Bauausführung.

Die Minderheit 3 beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Mehrheit: Hans Jörg Käppeli (SP), Referent; Vizepräsidentin Simone Brander (SP), Patrick Hadi Huber (SP) i. V. von Marianne Aubert (SP), Markus Knauss (Grüne), Alan David Sangines (SP)

Minderheit 1: Guido Trevisan (GLP), Referent; Präsident Roger Tognella (FDP), Andreas Egli (FDP), Markus Hungerbühler (CVP)

Minderheit 2: Derek Richter (SVP), Referent; Stephan Iten (SVP) i. V. von Christoph Marty (SVP)

Minderheit 3: Christina Schiller (AL), Referentin

Abwesend: Thomas Kleger (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	50 Stimmen
Antrag Minderheit 1	39 Stimmen
Antrag Minderheit 2	22 Stimmen
Antrag Minderheit 3 / Stadtrat	9 Stimmen
Total	<u>120 Stimmen</u>
= absolutes Mehr	61 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 3 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	50 Stimmen
Antrag Minderheit 1	70 Stimmen
Antrag Minderheit 2	0 Stimmen
Total	<u>120 Stimmen</u>
= absolutes Mehr	61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 1 zugestimmt.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Hans Jörg Käppeli (SP), Referent; Vizepräsidentin Simone Brander (SP), Patrick Hadi Huber (SP) i. V. von Marianne Aubert (SP), Markus Knauss (Grüne), Alan David Sangines (SP)

Minderheit: Guido Trevisan (GLP), Referent; Präsident Roger Tognella (FDP), Andreas Egli (FDP), Markus Hungerbühler (CVP)

Enthaltung: Stephan Iten (SVP) i. V. von Christoph Marty (SVP), Derek Richter (SVP), Christina

Abwesend: Schiller (AL)  
Thomas Kleger (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 119 gegen 0 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Präsident Roger Tognella (FDP), Referent; Vizepräsidentin Simone Brander (SP), Andreas Egli (FDP), Patrick Hadi Huber (SP) i. V. von Marianne Aubert (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Stephan Iten (SVP) i. V. von Christoph Marty (SVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne), Derek Richter (SVP), Alan David Sangines (SP), Christina Schiller (AL), Guido Trevisan (GLP)

Abwesend: Thomas Kleger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 120 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Für die Neugestaltung des Max-Frisch-Platzes und den dazu notwendigen Landerwerb werden ein Objektkredit von Fr. 7 560 000.– (insbesondere ohne die farbigen Linienmuster auf dem Asphaltbelag und mit einem einfachen Trinkbrunnen) und für die Spannungsmasten und die Haltestelleninfrastruktur sowie den Kostenanteil VBZ an die Belagsarbeiten auf dem Max-Frisch-Platz (VBZ-Massnahmen) ein Objektkredit von Fr. 1 187 000.– bewilligt.

Die Kredite erhöhen oder vermindern sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisbasis 1. April 2015) und der Bauausführung.

2. Ziff. 1 steht unter dem Vorbehalt der rechtskräftigen Projektfestsetzung durch den Stadtrat mit separatem Stadtratsbeschluss.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 3. Februar 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 2. März 2016)

#### 1639. 2016/19

#### **Postulat von Christina Schiller (AL) und Andreas Kirstein (AL) vom 13.01.2016: Finanzielle Beteiligung der SBB AG an der Neugestaltung des Max-Frisch-Platzes**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

**Christina Schiller (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1594/2016): Die SBB AG kann sich als direkte Profiteurin der Infrastruktur und Aufwertungsmassnahmen rund um den Bahnhof Oerlikon, an der Platzgestaltung des Max-Frisch-Platzes beteiligen. Bisher sind über 175 Millionen Franken in den Raum Bahnhof Oerlikon investiert worden. 50 Millionen Franken in den Ausbau der bestehenden Unterführung West, 110 Millionen Franken für die Quartieranbindung Ost, 18,14 Millionen Franken für den Bahnhofplatz Süd und jetzt die Millionen für den Max-Frisch-

*Platz. Die SBB hat sich bisher mit rund 18 Millionen Franken an den Umbauten beteiligt. Ferner will die SBB zwei Hochhausprojekte realisieren, den Andresturm, direkt bei der Quartieranbindung Ost und den Franklinturm, beim Bahnhofplatz Süd. Beide Projekte können unmittelbar von den Infrastruktur- und Aufwertungsmassnahmen profitieren. Deshalb sollte der Stadtrat neu verhandeln und einen fairen Kostenteiler finden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Filippo Leutenegger:** *Die SBB hat 1,2 Milliarden Franken investiert. Wir haben auch eine Kostenbeteiligung von ungefähr 47 Millionen Franken bei der Unterführung der SBB, die auch der Stadt zugute kommt. Natürlich kann man sagen, wir hätten falsch verhandelt und sollten einen besseren Kostenteiler zwischen SBB und Stadt finden. Die Verträge sind alle gültig. Wir können jetzt nicht den Platz fertigstellen und im Nachhinein neu verhandeln wollen. Wir wollten den Max-Frisch-Platz bis zum Herbst 2016 fertigstellen, gleichzeitig mit der SBB. Gewerbler wollen dort Läden eröffnen, wir sind also an unser Wort gebunden. Des Weiteren würden wir sicherlich auch von der SBB einen abschlägigen Bescheid bekommen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Derek Richter (SVP):** *Die Stadt muss als Verhandlungspartner gegenüber der SBB auf gleicher Augenhöhe auftreten. Die AL hat das Vorgehen der Kreuztabelle bei der Vorlage Max-Frisch-Platz als Erbsenzählerei bezeichnet. Nun möchte sie nachverhandeln, weil es nicht nach ihrem Gusto ausgegangen ist.*

**Hans Jörg Käppeli (SP):** *Die SBB profitiert von dem attraktiven Umfeld, der Max-Frisch-Platz gehört eindeutig auch dazu. Es ist aber nicht nur der Platz alleine anzuschauen, sondern auch die Quartierverbindung. Die Kostenbeteiligung wurde seinerzeit ausgehandelt, als es eine reine Quartierverbindung war. Mittlerweile ist es aber so, dass diese Verbindung auch die Läden im Untergrund bedient. Schaut man sich also die Entwicklung an, kann man schon davon ausgehen, dass die SBB jetzt mehr von dem Projekt profitiert als damals ausgehandelt wurde. Es wäre also durchaus berechtigt, hier noch Nachverhandlungen anzustreben. Eine Verhandlung neu aufzunehmen, hat mit Wortbruch nichts zu tun. Natürlich muss man dafür Argumente haben. In dem Fall hätte man sie, weil heute eine andere Ausgangslage vorliegt. Wir werden das Postulat unterstützen.*

**Markus Hungerbühler (CVP):** *Die Verträge sind unterschrieben. Man kann nicht im Nachhinein nochmals Verhandlungen aufnehmen. Damit würde die Stadt ihre Position für die Zukunft schwächen. Es ist nicht der zielführende Weg.*

**Roger Tognella (FDP):** *Jetzt neue Verhandlungen zu fordern, heisst auch, dass der Stadtrat unter linksgrüner Führung offenbar vorher nicht richtig verhandelt hat. Die SP als Fraktion, die die Regierungsverantwortung in der Stadt teilen sollte, wirkt nicht glaubwürdig. Für das Grundanliegen der AL kann man Verständnis haben, nicht aber für das grosse Misstrauen gegenüber dem Gremium, in dem die Verträge ausgearbeitet wurden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Filippo Leutenegger:** *Wortbrüchig sind wir nur insofern, den Max-Frisch-Platz nicht zum versprochenen Zeitpunkt fertig zu stellen. Doch die SBB hat ein gewisses*

*Verständnis dafür, dass die demokratischen Spielregeln befolgt werden müssen. Wir überlassen nicht alles dem Zufall und nehmen die Vorschläge so an. Wir sind durchaus bei anderen, zukünftigen Projekten, in Zusammenarbeit mit der SBB bereit, den Kostenteiler anders anzusetzen. Was jedoch die Vergangenheit betrifft, können wir nichts mehr ändern.*

Das Postulat wird mit 46 gegen 72 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

**1640. 2015/150**

**Weisung vom 27.05.2015:**

**Motion der SP-, FDP-, Grüne-, CVP- und AL-Fraktion sowie von 4 Mitunterzeichnenden betreffend Bahnhof Hardbrücke, Anpassung der Infrastruktur an die gestiegene Anzahl Reisende sowie Sicherstellung der Halte aller S-Bahnzüge, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend «Bahnhof Hardbrücke, Anpassung der Infrastruktur an die gestiegene Anzahl Reisende sowie Sicherstellung der Halte aller S-Bahnzüge» wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2012/227, der SP-, FDP-, Grüne-, CVP- und AL-Fraktion sowie von 4 Mitunterzeichnenden vom 30. Mai 2012 betreffend «Bahnhof Hardbrücke, Anpassung der Infrastruktur an die gestiegene Anzahl Reisende sowie Sicherstellung der Halte aller S-Bahnzüge» wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

**Hans Jörg Käppeli (SP):** *Der Stadtrat hat 2010 das städtebauliche Projekt «Change» für den Bahnhof Hardbrücke erarbeitet, was Kosten in einem dreistelligen Millionenbereich verursacht hat. Die Finanzierung wollte man zu Lasten von Bund und Kanton bewerkstelligen. Dazu gab es aber keinerlei verbindliche Zusagen. Das Projekt wurde in der Kommission vorgestellt und dazu die Meinung von SBB und ZVV eingeholt. Beide Organisationen zeigten auf, dass der Bahnhof erhebliche Kapazitätsprobleme hat und langfristig Gleise und Perronanlagen massiv ausgebaut werden müssen. Dies zu Lasten von Bund und Kanton, wozu es aber keinen Termin gibt. Es ist dabei jedoch klar geworden, dass das Projekt «Change» nicht zu einer künftig ausgebauten Bahnanlage passt. Weil der Stadtrat trotzdem an dem Projekt festhalten wollte, hat die Ratsmehrheit die vorliegende Motion eingereicht. Sie soll sicherstellen, dass die notwendigen, künftigen Ausbauten nicht behindert oder verhindert werden. Unter Berücksichtigung der langfristig vorgesehenen Ausbauten, verzichtet nun der Stadtrat definitiv auf das Projekt. Weil die Ausbauten zu Lasten des Bundes und nicht zu Lasten der Stadt gehen, kann die Motion abgeschrieben werden.*

Weitere Wortmeldung:

**Derek Richter (SVP):** *Es handelt sich hier nicht um einen Bahnhof, sondern um eine Haltestelle. Die SBB legt darauf Wert. Die Haltestelle Hardbrücke stösst an ihre Kapazitätsgrenze und laut dem prognostizierten Verlauf der Passagierentwicklung, wird die Hardbrücke schätzungsweise 2020 wieder an ihre Kapazitätsgrenze stossen. Es soll eine dritte Unterführung erstellt werden, die die Steuerzahler zahlen sollen. Die SVP wird der Unterführung zustimmen. Sie ist aber unseres Erachtens lediglich Symptom-*

*bekämpfung. Eine Unterführung ist sicher wettergeschützt. Auf der anderen Seite werden in Zürich, namentlich am Wipkingerplatz und am Schaffhauserplatz, Unterführungen zugeschüttet.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Hans Jörg Käppeli (SP), Referent; Präsident Roger Tognella (FDP), Vizepräsidentin Simone Brander (SP), Andreas Egli (FDP), Patrick Hadi Huber (SP) i. V. von Marianne Aubert (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Stephan Iten (SVP) i. V. von Christoph Marty (SVP), Markus Knauss (Grüne), Derek Richter (SVP), Alan David Sangines (SP), Christina Schiller (AL), Guido Trevisan (GLP), Ursula Uttinger (FDP) i. V. von Thomas Kleger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 116 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Hans Jörg Käppeli (SP), Referent; Präsident Roger Tognella (FDP), Vizepräsidentin Simone Brander (SP), Andreas Egli (FDP), Patrick Hadi Huber (SP) i. V. von Marianne Aubert (SP), Stephan Iten (SVP) i. V. von Christoph Marty (SVP), Markus Knauss (Grüne), Derek Richter (SVP), Alan David Sangines (SP), Ursula Uttinger (FDP) i. V. von Thomas Kleger (FDP)

Enthaltung: Markus Hungerbühler (CVP), Christina Schiller (AL), Guido Trevisan (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 119 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend «Bahnhof Hardbrücke, Anpassung der Infrastruktur an die gestiegene Anzahl Reisende sowie Sicherstellung der Halte aller S-Bahnzüge» wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2012/227, der SP-, FDP-, Grüne-, CVP- und AL-Fraktion sowie von 4 Mitunterzeichnenden vom 30. Mai 2012 betreffend «Bahnhof Hardbrücke, Anpassung der Infrastruktur an die gestiegene Anzahl Reisende sowie Sicherstellung der Halte aller S-Bahnzüge» wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 3. Februar 2016

**1641. 2015/178**

**Weisung vom 24.06.2015:**

**Motion der Grüne-Fraktion betreffend gestalterische und verkehrsplanerische Aufwertung des Heimplatzes, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend gestalterische und verkehrsplanerische Aufwertung des Heimplatzes wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2012/204, der Grüne-Fraktion vom 21. Mai 2012 betreffend ge-

stalterische und verkehrsplanerische Aufwertung des Heimplatzes wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

**Roger Tognella (FDP):** Die Motion von 2012 sah den Heimplatz als Platz der Künste, an dem man die Aufwertung darstellt, aber den Verkehr reduzieren sollte. Im Stadium der Überweisung gab es eine Vorstudie und ein Mitwirkungsverfahren. Aufgrund von Einwänden gab es dann einen Projektierungsstopp und eine Budgetkürzung. Man prüfte verschiedene Lösungen und ergänzende Untersuchungen, wie die der Veloroute und der Parkierung. Für den Heimplatz gelten verkehrspolitische Rahmenbedingungen, weil hier ein überkommunales Strassennetz vorliegt. Man kam zum Schluss, den Bericht der gestalterischen Aufwertung zur Kenntnis zu nehmen und nun in eine Planungsphase überzugehen. Dies hätte bedingt, einen Planungskredit zu sprechen, damit das Tiefbaudepartement weiterarbeiten kann. Das hat man nicht gemacht, womit die finanzielle Unterstützung wegfällt. Wenn wir heute die Weisung ablehnen, gibt es die Rechtsgrundlage nicht, diese wieder zu fordern.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Rückweisungsantrag:

**Markus Knauss (Grüne):** Der Heimplatz hat für Zürich eine grosse Bedeutung, der mit dem geplanten Erweiterungsbau des Kunsthouses nochmal zunehmen wird. Dem Konzept, das das Tiefbauamt vorlegte, sieht man aber das Bewusstsein nicht an, dass der Heimplatz bedeutend ist. Die Gestaltung des öffentlichen Raums, der die drei Gebäude umschliesst, scheint uns nicht sehr überzeugend. Beim Kunsthausneubau scheint die Architektur eher selbstbezogen zu sein, wir haben eine durchaus repräsentative Fassade, aber der Einfluss auf den öffentlichen Raum ist relativ bescheiden. Die Verbindung zwischen dem Alt- und dem Neubau hätte man klar hervorheben müssen. Faktisch ist diese Verbindung aber nur etwa vier Meter breit und kostet 17 Millionen Franken. Der Garten der Künste ist hinter dem Neubau versteckt, in einem Raum, den man verschliessen kann und der vandalensicher gestaltet wird. Die Verwaltung hat uns bisher nur gezeigt, was nicht geht, aber keinerlei Perspektiven aufgezeigt, wie man der hohen Bedeutung des Heimplatzes gerecht werden kann. Es soll ein Ort der Begegnung und des Austausches sein, an dem man sich gerne aufhält. Mit einer Rückweisung schlagen wir deshalb einen öffentlichen Wettbewerb vor, der folgende vier Bedingungen erfüllen soll: Bessere Querungsmöglichkeiten, genügend breite Velostreifen auf allen Strassenachsen, die Gestaltung auf den Heimplatz als Begegnungsort auszurichten und ab Dezember 2017 die wegfällende Tramlinie 8 und den somit gewonnenen Platz zur Platzgestaltung zu nutzen.

**Roger Tognella (FDP):** Die Grünen glauben, mit dem Rückweisungsantrag einen neuen Wettbewerb oder eine neue Planung zu bewirken. Dafür hätte man dem Tiefbaudepartement im Budget nicht das Geld entziehen sollen. So kann aber nichts passieren. Woher soll das Tiefbaudepartement aus dem laufenden Betrieb die Mittel und Ressourcen bereitstellen?

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Filippo Leutenegger:** Der Heimplatz hat verschiedene Funktionen zu erfüllen, er soll Aufenthaltsbedingungen gerecht werden, ist aber auch ein Verkehrsplatz. Wenn Projektkredite gestrichen werden, gibt es eine Blockierung. Mit der letzten Blockierung des Kredits haben wir sicherlich drei bis vier Jahre verloren. Wir haben ein Projekt übernommen, das effektiv keine Velomassnahmen berücksichtigt hat. Daraufhin

*haben wir diese schnellstmöglich nachgeplant. Voraussetzung, um die Velomassnahmen vor dem Schauspielhaus umzusetzen, wäre eine Krediterhöhung gewesen, weil hier eine komplizierte Geometrie der Gleise vorliegt. Diese ist aber gestrichen worden. Dies dem Tiefbauamt noch zum Vorwurf zu machen, ist nicht ganz fair.*

Weitere Wortmeldungen:

**Hans Jörg Käppeli (SP):** *Die SP ist ebenfalls nicht zufrieden mit dem Projekt des Stadtrats und unterstützt deshalb die motivierte Rückweisung. Wir sind nicht bereit, die Motion abzuschreiben. Die Idee eines Wettbewerbes ist, neue Lösungen zu finden. Wir erwarten, dass hierzu auch die Verkehrsplaner einbezogen werden. Das Tiefbauamt war bisher nicht in der Lage, selber Lösungen zu finden, die gut ankommen. Mit einem Projektierungskredit hat der Gemeinderat nachher die Möglichkeit, das Ergebnis des Wettbewerbs zu werten. Wir können daran erkennen, ob die bessere Gestaltung und die Velomassnahmen befolgt wurden. Wenn dies stimmt, kann man davon ausgehen, dass die Planung zu einem Objektkredit führt. In der bisherigen Planung hat man an der Linienführung der Tramlinie 8 festgehalten. Damit hatte man das Problem, dass man auf dem engen Platz vor dem Schauspielhaus grundsätzlich nichts realisieren kann. Gemäss VBZ-Planung ist klar, dass die Linienführung aufgehoben wird, letztlich eine Erleichterung für ein besseres Projekt. Leichtere Randbedingungen haben auch Vorteil für den MIV.*

**Derek Richter (SVP):** *Am Heimplatz ist zuwenig Platz. Wir können uns dort nicht gross bewegen. Die Linie 8 wird wohl wegfallen, der Rechtsabbieger aber nicht. Diesen benötigt die VBZ nach wie vor, im Falle einer Streckenblockierung. Der Bericht des Tiefbaudepartements hat 200 000 Franken gekostet. Mit weiteren Verwaltungsaufwendungen steht man mittlerweile bei 250 000 Franken. Das, obwohl schon früh gesagt wurde, dass man am Heimplatz nichts ändern kann. Die Verbindung zwischen dem Alt- und Neubau des Kunsthauses soll jedoch gewährleistet sein. Diese kann ober- oder unterirdisch angelegt werden. Die SVP lehnt die motivierte Rückweisung ab und nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

**Guido Trevisan (GLP):** *Der Heimplatz ist der leistungsbestimmende Knoten für die Autos, die vom See her kommen. Der Grossteil des zukünftigen Mehrverkehrs durch Studenten, soll mit dem Velo und dem Fussweg abgefangen werden. Unter diesem Aspekt macht es Sinn, den Heimplatz nochmals genauer anzuschauen. Wir haben den ursprünglichen Vorstoss der Grünen unterstützt, weil wir die Chance sehen, dass jetzt schon die einzelnen, zunehmenden Verkehrsströme planbar sind. Wir haben dazu einen Vorstoss eingereicht, um zu schauen, ob es Verbesserungen gibt. Der Stadtrat hat diesen geprüft, kam aber zum Schluss, dass die Möglichkeiten kapazitätsbeschränkend sind oder dass dadurch der Lärm und Verkehr ins Quartier verlagert wird. Jetzt aber einfach zu akzeptieren, dass es nicht anders geht, damit wäre dem Heimplatz nicht genug Rechnung getragen. Die motivierte Rückweisung soll dazu führen, dass weitere Organisationen ihre Ideen einbringen können. Wir wollten hier und nicht in der Budgetdebatte unsere Meinung zum Heimplatz kundtun, weshalb wir das Budget nicht zurückgewiesen haben. Für den Platz lohnt es sich, dies nochmal anzuschauen. Andernfalls wäre auf Jahrzehnte zementiert, was jetzt geplant ist.*

**Andreas Egli (FDP):** *Der Wunsch nach separaten Velospuren ist faktisch nur zu realisieren, wenn zu grossen Teilen der motorisierte Privatverkehr erheblich eingeschränkt würde. Die vorgeschlagene Lösung des Stadtrats entspricht durchaus dem, was machbar ist. Die Arbeit des Stadtrats wird offenbar von den Fraktionen, die die Mehrheiten im Stadtrat bilden, nicht goutiert.*

**Markus Hungerbühler (CVP):** Vor zwei Wochen hatten wir schon eine Diskussion über die Veloroute an der Rämistrasse. Diese hier ist ähnlich. Es macht wenig Sinn, die stadträtliche Weisung zurückzuweisen. Das Departement kann dann nichts mehr machen, weil das Geld fehlt. Der Auftrag soll aber trotzdem ohne Geld umgesetzt werden.

**Markus Knauss (Grüne):** Die Motion, die wir seinerzeit eingereicht haben, beinhaltete nicht den Bau von Velowegen am Heimplatz. Das muss selbstverständlich Bestandteil einer Gestaltung sein. Wir erteilten einen Auftrag für eine Platzgestaltung, die sehr viel weiter geht als die Velowege, über die man jetzt redet. Die Budgetbeträge haben wir zurückgewiesen, weil wir der Meinung waren, dass eine Platzgestaltung ganz ohne Velowege nicht funktioniert und weil es keine konkrete Platzgestaltung gab. Wir möchten einfach einen sinnvollen Platz realisiert haben, vor dem alten und dem neuen Kunsthaus sowie dem Schauspielhaus. Der Stadtrat führt an, dass wir ihm den Kredit nicht gesprochen haben für etwas, das wir so gar nicht wollten und meint, deshalb seien ihm die Hände gebunden. Der Stadtrat kann durchaus auch unter dem Jahr Geld organisieren. Mit dem Betrag, den wir im Budget gestrichen haben, kann auch kein Wettbewerb organisiert werden. Dazu würde mehr Geld benötigt. Es ist eine defensive Haltung, zu sagen, wir machen jetzt ein Jahr nichts, weil uns der Kredit gestrichen wurde.

**Marianne Aubert (SP):** Als Quartierbewohnerin erwarte ich, dass das zukünftige Projekt den Verkehr nicht in das Quartier leitet. Das Ganze neu zu gestalten heisst, dass der Heimplatz nicht an den Rändern aufhört. Das gesamte Hochschulgebiet mit den zukünftigen Veloführungen, sollte in einem Wettbewerb ganz neu angedacht werden. Man muss die ganze Problematik neu aufrollen. Wenn wir das Projekt jetzt zurückweisen, haben wir in einem Jahr vielleicht einen richtungsweisenden Wettbewerb.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Filippo Leutenegger:** Ich stimme zu, dass der Verkehr auf keinen Fall in das Quartier geleitet werden soll. Der Heimplatz soll deshalb eine Aufenthaltsqualität bieten, aber auch Verkehrsströme zufriedenstellend lösen. Ich kann aber nicht viel entwickeln, wenn mir das Geld dafür nicht zur Verfügung steht. Wenn der Kredit gestrichen worden ist, ist dies bindend. Wir müssen in diesem Bereich auch die Zustimmung des Kantons und des ZVV einholen und können nicht alleine entscheiden. Die massive Verzögerung ist nicht dem Stadtrat anzulasten. Wenn man die Marschrichtung ändern will, muss mit einer Verzögerung gerechnet werden.

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Die Weisung 2015/178 wird mit dem Auftrag an den Stadtrat zurückgewiesen, innert zwölf Monaten einen öffentlichen Wettbewerb durchzuführen und dem Gemeinderat einen Projektionskredit für ein verkehrsplanerisch verbessertes und gestalterisch überzeugendes Projekt für den Heimplatz vorzulegen. Dabei sind folgende Rahmenbedingungen zu beachten:

- Bessere Querungsmöglichkeiten und mehr Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger
- Genügend breite Velostreifen auf allen Strassenachsen, insbesondere auf der wichtigen Achse Rämistrasse
- Gestaltung, die der grossen Bedeutung dieses Platzes der Künste für die Stadt Zürich entspricht
- Berücksichtigung des Verzichtes auf eine Tramhaltestelle an der heutigen Tramlinie 8, bzw. des Verzichts auf eine solche Tramlinie gemäss Züri-Linie 2030

Die Minderheit der SK PD/V beantragt Ablehnung des Rückweisungsantrags.

Mehrheit:	Markus Knauss (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Simone Brander (SP), Patrick Hadi Huber (SP) i. V. von Marianne Aubert (SP), Hans Jörg Käppeli (SP), Alan David Sangines (SP), Christina Schiller (AL), Guido Trevisan (GLP)
Minderheit:	Präsident Roger Tognella (FDP), Referent; Andreas Egli (FDP), Markus Hungerbühler (CVP), Stephan Iten (SVP) i. V. von Christoph Marty (SVP), Derek Richter (SVP), Ursula Uttinger (FDP) i. V. von Thomas Kleger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 47 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Die Weisung 2015/178 wird mit dem Auftrag an den Stadtrat zurückgewiesen, innert zwölf Monaten einen öffentlichen Wettbewerb durchzuführen und dem Gemeinderat einen Projektierungskredit für ein verkehrsplanerisch verbessertes und gestalterisch überzeugendes Projekt für den Heimplatz vorzulegen. Dabei sind folgende Rahmenbedingungen zu beachten:

- Bessere Querungsmöglichkeiten und mehr Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger
- Genügend breite Velostreifen auf allen Strassenachsen, insbesondere auf der wichtigen Achse Rämistrasse
- Gestaltung, die der grossen Bedeutung dieses Platzes der Künste für die Stadt Zürich entspricht
- Berücksichtigung des Verzichtes auf eine Tramhaltestelle an der heutigen Tramlinie 8, bzw. des Verzichts auf eine solche Tramlinie gemäss Züri-Linie 2030

Mitteilung an den Stadtrat

#### 1642. 2015/364

##### **Postulat der FDP- und CVP-Fraktion vom 18.11.2015:**

##### **Dienstleistungen an Private, Ausrichtung von Vergünstigungen nur auf Antrag**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

**Severin Pflüger (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1406/2015):  
*Es ist jedem selbst überlassen, ob er staatliche Leistungen entgegennehmen oder zurückweisen will. Man kann natürlich sagen, dass man die Vergünstigungen jedem unaufgefordert zusprechen soll, weil der Gefragte sonst als arme Person stigmatisiert wird. Es ist wichtig, dass man Leute, die Anspruch haben auf Subventionen, offen darüber informiert. Man sollte auch zwingend immer nachfragen, ob man die*

*Steuerdaten offen legen darf oder nicht. Andererseits muss man sowieso in die Steuerdaten Einsicht haben, wenn man jemandem unaufgefordert eine Subvention zusprechen will. Damit ist die Frage, ob derjenige eine Subvention beantragen möchte oder nicht, bereits gestellt und beantwortet. Wenn er der Einsicht in die Steuerdaten zustimmt, hat er auch gleichzeitig einer Subventionierung zugestimmt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

**STR Raphael Golta:** *Das Postulat nimmt Bezug auf eine Anfrage mit zahlreichen Beispielen aus der Stadtverwaltung, wo tatsächlich auf die Steuerdaten zugegriffen werden muss. Die Mehrheit dieser Beispiele beziffern aber Fälle, wo es sinnvoll ist aus Sicht der Stadt, die Steuerdaten einzusehen. In der Sozialhilfe ist es aus eigenem Interesse notwendig, dass wir auf diese Daten zugreifen können. Krankenkassenfälle sind kantonale geregelt und beim Thema Schulzahnpflege können auch private Anbieter konsultiert werden, wenn jemand das städtische Angebot nicht in Anspruch nehmen will. Es geht um ganz wenige Fälle, weshalb es uns als nicht sinnvoll erscheint, an einem gut funktionierenden System zu rütteln.*

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Pawel Silberring (SP):** *Im vorliegenden Postulat geht es einerseits um das Steuergeheimnis und zum anderen um Menschen, die ein Anrecht auf einen günstigeren Preis haben. Der Vorschlag gewichtet das Steuergeheimnis sehr hoch. Reiche Leute, die kein Anrecht auf günstigere Preise haben, sollen ihre Steuerdaten möglichst geheim halten können. Für diejenigen, die ein Anrecht darauf haben, ist eine zusätzliche Bürokratie ärgerlich oder auch schwer überwindbar. Gerade Menschen mit sprachlichen Barrieren, verfügen meist über wenig Geld und sind auf solche Subventionen angewiesen. Dazu kommt das emotionale Hindernis, man muss Anträge ausfüllen, wird Bittsteller oder Subventionsempfänger. Es gilt deshalb abzuwägen, welches Ziel Priorität haben soll. Wir lehnen das Postulat ab.*

**Katharina Prelicz-Huber (Grüne):** *Auch wir unterstützen das Postulat nicht. Dort, wo Leute eine Vergünstigung zugute haben, soll man diese möglichst unbürokratisch genehmigen. Einige Menschen verfügen nicht über das nötige Wissen, welche Subventionen ihnen tatsächlich zustehen. Der Automatismus ist die absolut günstigste Variante und dient am meisten. Dies, damit alle, die ein Anrecht darauf haben, eine Vergünstigung zugesprochen bekommen. Nicht nur diejenigen, die über die nötigen Ressourcen und das Wissen verfügen. Gerade die Menschen, die vielleicht nicht selbstverschuldet in einer finanziell schwierigen Lage sind, sollen noch bestraft werden.*

**Martin Luchsinger (GLP):** *Es gibt überall eine gesetzliche Grundlage für den Zugriff auf Steuerdaten. Es gibt eine soziale Verantwortung, gerade gegenüber den Schwachen, die sich nicht entsprechend wehren können. Bei diesen würde man das Geld einsparen, weil diese entweder nicht verstehen, dass sie ein Anrecht haben, es nicht wissen und die Chance nicht gehabt haben. Die Ersparnisse wären, angesichts der Umstellung der ganzen Prozesse, schätzungsweise gering. Bei einem konkreten Fall, hätte man dies anschauen können, aber in dieser verallgemeinernden Form ist der Vorstoss nicht tragbar.*

**Karin Weyermann (CVP):** *Es geht darum, dass alle zukünftig selber entscheiden können, ob sie die Vergünstigungen in Anspruch nehmen wollen oder nicht. Wenn jemand Sozialhilfe beziehen will, bekommt er auch ein sechsseitiges Formular überreicht und muss diverse Fragen beantworten. Ob darauf dann noch ein Kreuz gemacht werden soll, ob man seine Steuerdaten freigibt oder nicht, stellt dann auch kein grosses Problem*

*mehr dar. Genau das gleiche Kreuz wird vermutlich auch möglich sein, wenn man in eine Schulzahnklinik geht. Es ist kein grosser Aufwand dahinter und diejenigen, die diese Vergünstigungen erhalten sollen, erhalten diese auch völlig zu Recht. Die Leistungen sollen nur ausbezahlt werden, wenn sie auch beantragt sind.*

**Roger Liebi (SVP):** *Offensichtlich sind die Linken der Meinung, dass unsere Steuern zu hoch sind. Wären sie das nicht, müsste auch nichts zurückgezahlt werden. Wir werden das Postulat mitunterstützen. Ich darf also damit rechnen, dass in der nächsten Budgetdebatte einer Steuerfussenkung zugestimmt wird.*

**Andrea Nüssli (SP):** *In der Spitex werden die Steuerdaten eingeholt, damit man den Tarif für die hauswirtschaftlichen Leistungen bestimmen kann. Würde man dies nicht machen, müssten alle den höchsten Tarif zahlen. Es wäre andernfalls ein enormer, administrativer Aufwand, der auch wieder hohe Kosten generieren würde.*

**Severin Pflüger (FDP):** *Was die billigere Lösung ist, darüber kann man im Rahmen der Prüfung des Postulats diskutieren. Ich habe selbst nicht gewusst, dass ich Anspruch auf eine Subvention bei der Schulzahnklinik habe. Darauf wurde ich auch nirgends hingewiesen. Trotzdem wurde dies bei mir abgeklärt. Ein Wechsel zu einem privaten Anbieter kann ich nur fällen, wenn ich vorher weiss, ob ich Anspruch auf eine staatliche Subvention habe. Wir reden von Gemeinsinn und davon, dass manche für sich selber Verantwortung übernehmen sollen und anderen bei dieser Verantwortung geholfen werden soll. In diesem Sinne kann durchaus auch informiert werden. Auch für die Spitexabklärung gibt es ein Formular, auf welchem ein solcher Vermerk ohne grossen zusätzlichen Aufwand integriert werden kann.*

Das Postulat wird mit 47 gegen 74 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

#### 1643. 2015/389

**Postulat von Walter Angst (AL) vom 02.12.2015:**

**Klientinnen und Klienten der Sozialen Dienste und der AOZ, Erleichterung des Zugangs zu städtischem, genossenschaftlichem und privatem Wohnraum**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

**Walter Angst (AL)** *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1485/2015): Die 1%-Klausel in den Baurechtsverträgen sieht vor, dass das Sozialdepartement, wenn Bedarf existiert, ein Prozent der Wohnungen der Baurechtsnehmer übernehmen kann. Dies um sozial benachteiligten Klientinnen und Klienten eine Wohnung zu vermitteln. Das Resultat der Umfrage war deutlich: Etwa 178 Wohnungen könnten vom Sozialdepartement bezogen werden. Real genutzt wurden aber 2014 nur 26 Wohnungen. Grund war die Neuorientierung der Politik Wohnen und Obdach, die zu einem erheblichen Rückgang der Vermietung von Notwohnungen geführt hat. Infolge dessen sollten die Sozialen Dienste ihre Wohnpolitik nochmals überdenken und im Interesse einer Integration nach Lösungen suchen, wie sie die Wohnsituation ihrer Klienten verbessern kann. Es bestünde die Möglichkeit in Form einer Börse, in der die nächsten freien Wohnungen automatisch gemeldet würden. Dadurch könnten Sozialhilfekosten gespart und ein Integrationsprozess gefördert werden. Wir wollen keine neue Abteilung innerhalb der Sozialen Dienste installieren. Sie haben den Auftrag, für eine solche Vermittlung zu sorgen. Dies kann mit den bestehenden Ressourcen*

*kostenneutral umgesetzt werden. Private können sich auch an der Wohnungsfindung beteiligen, nicht als Zwang, sondern als freie Möglichkeit.*

**Roberto Bertozzi (SVP)** begründet den von Dr. Daniel Regli (SVP) namens der SVP-Fraktion am 16. Dezember 2015 gestellten Ablehnungsantrag: Grundsätzlich wünscht sich die SVP keine staatliche Einmischung in den privaten Wohnungsmarkt. Wir möchten keine Überreglementierung und befürchten, dass dies zu einer Erhöhung der personellen Ressourcen in der Stadt führt. Deshalb lehnen wir das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

**Ursula Uttinger (FDP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: Wir wünschen uns eine kostenneutrale Umsetzung. Wenn die Ergänzung angenommen wird, können wir dem Postulat zustimmen.

**Roger-Paul Speck (SP)**: Wir unterstützen das Postulat gerne, für einen besseren Zugang zu städtischem, genossenschaftlichem und privatem Wohnraum. Ein Zugang zu zahlbaren Wohnungen für die sozial Schwächeren muss erleichtert werden. Ein besserer Zugang zu zahlbaren Wohnungen ist eigentlich für alle Menschen mit knappen Mitteln notwendig und nicht nur für Leute in der Sozialhilfe. Wie und wo die personellen Ressourcen eingesetzt werden, soll dem Departement überlassen werden. Bei Bedarf finden wir eine Wohnberatung sinnvoll. Klienten von der Sozialhilfe abzulösen ist ein Ziel der Stadt, auch im Sinne einer Entlastung der Finanzen und für die Erhaltung, Würde und den Selbstwert der Sozialhilfe-Klienten. Stabile Wohnverhältnisse zu einem normalen Mietzins bedeuten weniger Stress, mehr Ressourcen für die Familie und die Jobsuche. Das Recht auf Wohnen ist ein Grundrecht.

**Katharina Prelicz-Huber (Grüne)**: Auch die Grünen unterstützen das Postulat. Es ist Realität, dass es in jedem Fall schwierig ist, eine günstige Wohnung in der Stadt bekommen. Noch schwerer ist es, wenn man Sozialhilfebezüger ist, einen fremden Namen hat oder Flüchtling ist. Die Spezialanstrengungen sind nötig. Man kann sich auch überlegen, den Leistungsauftrag von Organisationen zu erweitern. Nicht ganz einverstanden bin ich mit der Kostenneutralität. Lieber jetzt ein wenig Geld investieren, was sich langfristig auszahlt. Es gibt keine Reglementierungen, sondern nur praktische Hilfe, um mehr Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

**Karin Weyermann (CVP)**: Die CVP will das Postulat ebenfalls unterstützen. Der Verein Domizil ist auf dem Gebiet der Wohnungsvermittlung bereits aktiv, weshalb uns wichtig ist, dass es keine Doppelspurigkeiten gibt. Wir anerkennen aber die wichtige Aufgabe und dass eine Unterstützung notwendig ist.

**Urs Fehr (SVP)**: Die Menschen müssen ja auch eine Eigenverantwortung haben. Wenn die Bewerbung und der Betreuungsauszug sauber sind, ist es nicht wichtig, welcher Name vorne steht. Wenn ein Betreuungsauszug Einträge verzeichnet, jedoch begleitet ist von einem Brief, worin die Einträge erklärt werden, siehe ich persönlich diese Bewerbung nicht direkt aus. Günstige Wohnungen sind meines Wissens alle belegt. Mit einem solchen Postulat nimmt man letztendlich auch diejenigen die Wohnung weg, die auf diese angewiesen sind. Das Ziel muss sein, die Menschen dazu zu bringen, sich im Wohnungsmarkt korrekt zu bewerben und auch so aufzutreten.

**Severin Pflüger (FDP)**: Bei persönlichen Erfahrungen habe ich mich schon das ein oder andere Mal gefragt, ob unsere städtische Wohnbaupolitik nicht versagt hat. Wir investieren Milliarden, geben verbilligtes Land an Baugenossenschaften der Bundesangestellten ab und am Schluss lassen wir Menschen in ärmlichsten

*Verhältnissen wohnen. Genau für diese muss Abhilfe geschaffen und sie aus der Abwärtsspirale geholt werden. Der gemeinnützige Wohnungsbau würde das Prädikat gemeinnützig so ein wenig mehr verdienen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

**STR Raphael Golta:** *Es ist die Frage, welche Zielgruppe wir mit welchem Angebot am besten unterstützen können. Es gibt diejenigen, die eine gewisse Betreuung benötigen und solche, die nur in einer anständigen Wohnumgebung Wohnraum benötigen. Ein Element ist sicher die einfache Vermittlung von Wohnraum unter dem Titel einer allfälligen Börse. Wieder eine ganz andere Situation haben wir im Asylbereich. Auch hier gibt es unterschiedliche Bedürfnisse und einen unterschiedlichen Personalbedarf. Nicht jede Wohnliegenschaft ist gleich gut geeignet für jede Zielgruppe. Daran arbeiten wir, auch gerne mit Unterstützung des Postulats. Die städtische Liegenschaftenverwaltung sowie die Genossenschaften machen schon heute sehr viel und sind ein wichtiger Partner der Sozialen Dienste. Es geht um eine Zusammenarbeit und nicht darum, etwas zu erzwingen.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden können, um Klientinnen und Klienten der Sozialen Dienste und der AOZ den Zugang zu städtischem, genossenschaftlichem und privatem Wohnraum zu erleichtern. Geprüft werden soll dabei auch, ob für die Sicherung stabiler Wohnverhältnisse auch Mittel für die Wohnberatung bereitgestellt werden müssten. Dies soll kostenneutral erfolgen.

Walter Angst (AL) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 99 gegen 22 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

## **E i n g ä n g e**

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### **1644. 2016/36**

#### **Postulat von Andrea Nüssli (SP) und Christian Traber (CVP) vom 27.01.2016: Flussbäder Oberer und Unterer Letten, frühere Öffnungszeit eines Flussbads bei gutem Badewetter**

Von Andrea Nüssli (SP) und Christian Traber (CVP) ist am 27. Januar 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie eines der beiden Flussbäder, Oberer oder Unterer Letten, bei gutem Badewetter bereits ab 7.00 Uhr geöffnet werden kann.

Begründung:

Auch die Bevölkerung in Wipkingen und in den Kreisen 4 und 5 möchte bei gutem Badewetter vor der Arbeit einen Schwumm machen. Die Entfernung für diese sportliche Aktivität vor der Arbeit bis nach Seebach, Letzigraben, Hallenbad Oerlikon oder an den See ins Utoquai ist da sehr weit. Da bietet sich doch die Limmat an.

Um die Sicherheit durch die Bademeister/innen und die Möglichkeit sich umzuziehen und Wertsachen einzuschliessen zu haben, müsste eines der beiden Bäder geöffnet werden.

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

**1645. 2016/37**

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Guy Krayenbühl (GLP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP) und 36 Mitunterzeichnenden vom 27.01.2016:  
Haltung der Stadt bezüglich den Baurekursen des Schauspielhauses gegen ein Mietprojekt im Erdgeschoss der Liegenschaft Rämistrasse 36**

Von Guy Krayenbühl (GLP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP) und 36 Mitunterzeichnenden ist am 27. Januar 2016 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich ist Eigentümerin der Liegenschaft Rämistrasse 34, welche sie der Schauspielhaus Zürich AG (nachfolgend: Schauspielhaus) vermietet. Ferner subventioniert die Stadt Zürich das Schauspielhaus jährlich mit rund 37 Mio. Franken. Der Tagespresse konnte entnommen werden, dass sich das Schauspielhaus erneut gegen ein Bau- resp. Mietprojekt für die Erdgeschossnutzung der Eigentümerin der Liegenschaft Rämistrasse 36 mittels Baurekurs wehrt. Das erste Mal betraf es das Vorhaben der Eigentümerin der Liegenschaft Rämistrasse 36 ihre Lokalitäten im Erdgeschoss an die Restaurantkette McDonalds zu vermieten, heute geht es um ein Bau- resp. Mietprojekt mit dem Detailhandelsunternehmen Spar.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie stellt sich der Stadtrat dazu, dass das städtisch subventionierte Schauspielhaus nun wiederholt die Eigentümerin der Liegenschaft Rämistrasse 36 und die dort interessierten Gewerbetreibenden mittels Baurekurs daran hindert, das Erdgeschoss zu vermieten und dort eine Tätigkeit aufzunehmen?
2. Unterstützt der Stadtrat das Baurekursverfahren des Schauspielhauses und wenn ja, weshalb?
3. Wurden die drei Vertreter der Stadt Zürich im Verwaltungsrat des Schauspielhauses in dieser Angelegenheit durch den Stadtrat instruiert und wenn ja, wie?
4. Ist dem Stadtrat bekannt, was die Kosten seitens des Schauspielhauses für beide Baurekursverfahren waren bzw. sind? Wenn ja, wie hoch waren bzw. sind diese und wer hat die juristischen Leistungen erbracht?
5. Wer ist aus Sicht des Stadtrats der ideale Mieter bzw. was wäre die ideale Nutzung für das Erdgeschoss der Liegenschaft Rämistrasse 36?
6. Teilt der Stadtrat die Bedenken des Schauspielhauses bezüglich Anlieferung, Entsorgung und ähnliches bzw. hat die Bausektion in ihrem Beschluss Auflagen zu eben diesen Punkten gemacht?
7. Wie beurteilt der Stadtrat rückblickend den Vorfall mit der möglichen Miete durch die Mc Donalds? War der Rekurs des Schauspielhauses gerechtfertigt?
8. Wie beurteilt der Stadtrat die Situation, dass eine subventionierte Kulturinstitution mittels Baurekursen die Zusammensetzung des Gewerbes im neuen Museumsquartier zu steuern versucht?
9. Inwiefern ist der Stadtrat bereit, solche Einschränkungen der Gewerbefreiheit, bzw. zusätzliche Hürden für Gewerbebetriebe durch das Schauspielhaus zu verhindern, beziehungsweise einzuschränken?

Mitteilung an den Stadtrat

1646. 2016/38

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Mario Babini (parteilos), Michael Schmid (FDP) und 28 Mitunterzeichnenden vom 27.01.2016:  
Standortbedingungen für High-Tech Unternehmen bezüglich Arbeitsbewilligungen für hochqualifizierte ausländische Mitarbeitende, möglicher Handlungsbedarf zur Verbesserung der Standortattraktivität**

Von Dr. Mario Babini (parteilos), Michael Schmid (FDP) und 28 Mitunterzeichnenden ist am 27. Januar 2016 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Ende letzten Jahres übte Julien Borel, leitender Ingenieur am Google Hauptsitz, Kritik an den für Google zusehends unattraktiven Standortbedingungen in Zürich bezüglich des Einsatzes von hochqualifizierten Mitarbeitern, welche von ausserhalb des EU-Raumes stammen.

Sein Fazit: «Wir bekommen keine Arbeitsbewilligung mehr für Ausländer, die in Zürich arbeiten. Ich hatte mehrere Leute von ausserhalb der EU angestellt, die nach Zürich kommen sollten.» Aber das kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit habe Google diesbezüglich einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Der Google-Mann vergleicht Zürich mit einem schlecht organisierten Fussballteam. Man möchte die Champions League gewinnen, wolle aber keine Ausländer im Team. Und man höre nach 45 Minuten auf zu spielen.

Dennoch gehört Google mit seinen 1600 Mitarbeitern zu den grösseren Arbeitgebern der Stadt Zürich.

Dies steht ganz im Gegensatz zum Leitbild der Stadt Zürich, wo folgendes stipuliert wird:

**Standortqualität**

«Wir engagieren uns für den Ausbau des Wissens- und Forschungsplatzes und gleichzeitig für ein breites Angebot an Arbeitsplätzen mit unterschiedlichen Anforderungsprofilen. Damit helfen wir mit, den Standort mit seiner hohen Qualität zu stärken und die Marke Zürich gegen innen und aussen zu positionieren.»

**Weltoffenheit**

«Wir sind stolz auf die Internationalität und Weltoffenheit Zürichs. Lokal wie regional, national und international sind wir gut vernetzt. Wir fördern den aktiven Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft.»

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Folgen könnte diese Entwicklung mittel- bis langfristig auf die Attraktivität des Standortes der Stadt Zürich insbesondere bei High-Tech Unternehmen haben?
2. Fühlt sich der Stadtrat in diesem Zusammenhang zu konkreten Schritten bezüglich einer möglichen Verbesserung der Situation für Institutionen (ETH) bzw. Firmen mit ähnlichen Problemen verpflichtet?
3. Unternimmt die Stadt Zürich in diesem Zusammenhang auch Schritte auf Kantonaler Ebene sowie möglicherweise auch auf Bundesebene, um die Standortattraktivität der Stadt Zürich zu gewährleisten, insbesondere für Firmen, welche auf hochqualifizierte Mitarbeiter aus dem Nicht-EU Raum angewiesen sind?
4. Wie ist es aus Sicht der Stadt Zürich als Sitz der in internationalen Rankings am besten bewerteten kontinentaleuropäischen Universität (ETH Zürich) und sehr vielversprechender wissenschaftlich-unternehmerischer Kooperationen (Disney Research – ETH Zürich – ZHDK Zürich) zu verantworten, dass offensichtlich diese im Zuge der MEI zugunsten der Einhaltung der bilateralen Verträge auf Bundesebene benachteiligt werden?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

**1647. 2014/141**

**SK HBD/SE, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Dr. Jean-Daniel Strub (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2016**

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 25. Januar 2016):

Ursula Näf (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählte

**1648. 2015/410**

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP) und 45 Mitunterzeichnenden vom 16.12.2015:  
Aktionstag der Gewerkschaften vom 10. November 2015, Prüfung von Sanktionen sowie einer Verrechnung der Zusatzkosten gegenüber den Organisatoren im Zusammenhang mit der nicht bewilligten Kundgebung durch die Innenstadt**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 36 vom 20. Januar 2016).

**1649. 2015/320**

**Schriftliche Anfrage von Samuel Balsiger (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom 23.09.2015:  
Höhe der Sozialhilfe-, Schul- und Integrationskosten im Zusammenhang mit ehemaligen Asylbewerbenden**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 22 vom 13. Januar 2016).

**1650. 2015/331**

**Schriftliche Anfrage von Markus Knauss (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 30.09.2015:  
Velorouten gemäss dem kommunalen Verkehrsplan, Umfang der bestehenden und geplanten Routen sowie Stand der Realisierungen seit dem Jahr 2004**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 38 vom 20. Januar 2016).

**1651. 2015/332**

**Schriftliche Anfrage von Markus Knauss (Grüne) vom 30.09.2015:  
Energieverbrauch und Treibhausgasemissionen gemäss den in der Gemeindeordnung verankerten Zielen, Massnahmen und Strategien der Stadt betreffend dem Land- und Flugverkehr**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 21 vom 13. Januar 2016).

Nächste Sitzung: 10. Februar 2016, 17 Uhr.